

## INTERNES RECHTSGUTACHTEN

— VERTRAULICH — NUR FÜR DEN INTERNEN DIENSTGEBRAUCH —

<b>Aktenzeichen:</b>	SB-2025/KR-44782 / Gutachten-Nr. RG-2025/0612
<b>Erstellt von:</b>	Abt. Recht und Compliance
<b>Verfasser:</b>	Dr. jur. Friedrich Steinberg
<b>Mitwirkung:</b>	Assessor jur. Thomas Krüger
<b>Datum:</b>	1. Juni 2025
<b>Gegenstand:</b>	Schadensfall Peter Mayer – Phishing/Social Engineering
<b>Schadenshöhe:</b>	12,295.00 €

### A. Sachverhalt

Am 28. Mai 2025 gegen 11:15 Uhr wurde der Kunde Peter Mayer (Kundennummer: 478-239-561) Opfer eines Phishing-Angriffs mittels Call-ID-Spoofing und Social Engineering. Der Angreifer gab sich als Mitarbeiter „Thomas Bergmann“ des Sicherheitsteams der Sparkasse Berlin aus und verwendete die manipulierte Rufnummer 030-869869869.

Der Kunde generierte auf Aufforderung eine TAN über das pushTAN-Verfahren und teilte diese telefonisch mit. Die TAN wurde anschließend zur Autorisierung mehrerer betrügerischer Zahlungsvorgänge verwendet.

#### Technische Feststellungen:

- TAN-Generierung: 28.05.2025, 11:16:42 Uhr, Gerät: iPhone 13 (registriertes Endgerät)
- TAN-Eingabe: 28.05.2025, 11:17:14 Uhr, IP: 185.220.XXX.XXX (Tor-Exit-Node, NL)
- App-Anzeige: „Freigabe für Sicherheitssperre und Transaktionsfreigabe – Mehrere Vorgänge“
- Transaktionen: 2 Überweisungen, 2 Lastschriftrückgaben, Apple Pay-Aktivierung, 3 Apple Pay-Käufe
- Gesamtschaden: 12.295,00 €
- Sperranzeige des Kunden: 28.05.2025, 11:45 Uhr (ca. 28 Minuten nach TAN-Eingabe)

### B. Fragestellung

Zu prüfen ist, ob die Sparkasse Berlin dem Kunden gemäß § 675u BGB zur Erstattung des Schadens verpflichtet ist oder ob dem Kunden grobe Fahrlässigkeit im Sinne des § 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB zur Last fällt.

### C. Rechtliche Würdigung

#### I. Nicht autorisierter Zahlungsvorgang (§ 675u BGB)

Ein Zahlungsvorgang ist autorisiert, wenn der Zahler dem Zahlungsvorgang zugestimmt hat (§ 675j Abs. 1 S. 1 BGB). Die TAN wurde zwar auf dem Endgerät des Kunden generiert, jedoch durch einen

Dritten in das Online-Banking-System eingegeben (IP-Adresse: Tor-Exit-Node).

**Ergebnis:** Die Zahlungsvorgänge sind **nicht autorisiert** im Sinne des § 675j BGB. Der Kunde hat den Zahlungen nicht zugestimmt; er wollte eine „Sicherheitssperre“ veranlassen, nicht Überweisungen tätigen. Die grundsätzliche Erstattungspflicht nach § 675u Abs. 2 BGB ist gegeben.

## **II. Grobe Fahrlässigkeit des Kunden (§ 675v Abs. 3 Nr. 2 BGB)**

Die Erstattungspflicht entfällt, wenn der Zahler den Schaden durch grob fahrlässige Verletzung seiner Sorgfaltspflichten herbeigeführt hat. Grobe Fahrlässigkeit liegt vor, wenn die im Verkehr erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maße verletzt wird (BGH, Urt. v. 26.01.2016 – XI ZR 91/14, Rn. 72).

### **1. Für grobe Fahrlässigkeit sprechende Umstände:**

a) **Telefonische TAN-Weitergabe:** Die Weitergabe einer TAN an Dritte stellt eine zentrale Verletzung der Sorgfaltspflichten aus § 675l BGB und Ziffer 3.2 der Sonderbedingungen pushTAN dar. Die Rechtsprechung wertet dies regelmäßig als grob fahrlässig (BGH, Urt. v. 26.01.2016 – XI ZR 91/14; OLG München, Urt. v. 14.01.2021 – 17 U 3651/20).

b) **Mehrfache Warnhinweise:** Der Kunde wurde quartalsweise über Phishing-Gefahren informiert, zuletzt am 15.01.2025.

c) **App-Anzeige:** Der vollständige Anzeigetext enthielt den Zusatz „Transaktionsfreigabe – Mehrere Vorgänge“, der bei sorgfältiger Lektüre hätte auffallen müssen.

d) **Berufliche Vorbildung:** Der Kunde ist als Rechtsanwaltsfachangestellter beruflich mit rechtlichen Vorgängen befasst.

### **2. Gegen grobe Fahrlässigkeit sprechende Umstände:**

*[Anmerkung: Folgende Gegenargumente werden bei gerichtlicher Auseinandersetzung voraussichtlich vorgebracht:]*

a) **Hohe Täuschungsintensität:** Call-ID-Spoofing ist eine technisch anspruchsvolle Methode. Das LG Köln (Urt. v. 08.01.2024 – 15 O 267/23) hat in einem vergleichbaren Fall die grobe Fahrlässigkeit verneint.

b) **Irreführende App-Anzeige:** Die primäre Anzeige „Freigabe für Sicherheitssperre“ korrespondierte mit der Erklärung des Anrufers. Die Sparkasse könnte eine Mitverantwortung für die unklare Formulierung tragen.

c) **Drucksituation:** Der Anrufer erzeugte eine akute Drucksituation. Das AG München (Urt. v. 05.12.2023 – 132 C 49/23) hat in solchen Fällen die Schwelle zur groben Fahrlässigkeit erhöht.

d) **Beweislast:** Die Beweislast für grobe Fahrlässigkeit liegt gemäß § 675v Abs. 4 BGB beim Zahlungsdienstleister (BGH, Urt. v. 26.01.2016 – XI ZR 91/14, Rn. 75).

## **III. Eigene Pflichtverletzung der Sparkasse**

a) **Transaktionsüberwachung:** Das TMS hat die ungewöhnlichen Transaktionen nicht rechtzeitig identifiziert. Zwei Überweisungen in Höhe von insgesamt 7.700 € an bisher nicht bekannte Empfänger sowie eine Apple-Pay-Aktivierung aus einer TOR-IP-Adresse hätten Anomalien auslösen müssen.

b) **App-Gestaltung:** Die Formulierung „Freigabe für Sicherheitssperre“ ist objektiv irreführend. Eine klarere Bezeichnung (z.B. „Überweisung an Digital Services GmbH: 4.500,00 €“) wäre technisch möglich und nach Art. 97 Abs. 2 PSD2 geschuldet gewesen.

## **D. Risikoeinschätzung für den Rechtsstreit**

**Prozessrisiko: MITTEL BIS HOCH**

Die Rechtslage ist nicht eindeutig. Während die ältere Rechtsprechung tendenziell zugunsten der Institute entschied, zeigt die neuere Rechtsprechung der Instanzgerichte eine zunehmende Sensibilisierung für die Raffinesse moderner Phishing-Methoden. Insbesondere die unklare App-Anzeige und die fehlende Anomalie-Erkennung könnten dem Gericht Anlass geben, die grobe Fahrlässigkeit zu verneinen oder zumindest ein Mitverschulden der Sparkasse anzunehmen.

**Empfehlung:** Ablehnung der Erstattung aufrechterhalten, um keine Präzedenzwirkung zu entfalten. Im Falle einer Klage Vergleichsbereitschaft auf Basis 50-70 % prüfen.

## **E. Ergebnis und Empfehlung**

1. Der Phishing-Angriff ist als authentischer Betrugsfall zu werten.
2. Ablehnung der Erstattung auf Vorwurf der groben Fahrlässigkeit vertretbar, birgt aber erhebliche Prozessrisiken.
3. Interne Schwachstellen (App-Formulierung, TMS-Reaktionszeit) sind der Gegenseite nicht offenzulegen, aber im Prozessrisiko einzupreisen.
4. Empfehlung: Außergerichtliche Erstattung ablehnen. Bei Klageerhebung: Vergleichsbereitschaft auf Basis 50-70 % signalisieren.

Dr. jur. Friedrich Steinberg  
Direktor · Leiter Recht und Compliance

— Dieses Dokument ist vertraulich und ausschließlich für den internen Dienstgebrauch bestimmt. —